

**Beantwortung der SchA VIII/0720 des Bezirksverordneten
Herrn Denis Henkel - Fraktion der AfD
Betr.: Informationspolitik des Bezirksamtes zum MUF-Neubau Salvador-Allende-Straße**

1. Wann und wer wurde vom Bezirksbürgermeister zu der Veranstaltung am 4.12.2018 eingeladen?
2. Warum wurde die Bezirksverordnetenversammlung nicht über die Veranstaltung informiert, obwohl das große öffentliche Interesse am Neubau von Flüchtlingsunterkünften dem Bezirksamt bekannt ist?
3. Warum wurde insbesondere der Integrationsausschuss nicht über die Veranstaltung informiert?
4. Warum hat das Bezirksamt die Veranstaltung nicht auf den Internetseiten der Bezirksregion Allende-Viertel angekündigt, insbesondere auch nicht im Zusammenhang mit dem Runden Tisch Allende-Viertel?
5. Wann erhält die Bezirksverordnetenversammlung die Gelegenheit, mit Vertretern der beiden Senatsverwaltungen den Planungsstand zu diskutieren?
6. Wie soll die Bezirksverordnetenversammlung zukünftig in die Planungen einbezogen werden?
7. Vertreter welcher Behörden, Organisationen, Medien und Parteien, namentlich welche Abgeordneten und Bezirksverordneten, nahmen an der Veranstaltung am 4.12.2018 teil?
8. Wie sollen die Anwohner in den Planungsprozess einbezogen werden?
9. Wann soll die angekündigte Informationsveranstaltung für Bürgerinnen und Bürger beziehungsweise Anwohnerinnen und Anwohner stattfinden?

Hierzu antwortet das Bezirksamt:

Zu 1.

Der Wunsch nach einer Dialogveranstaltung wurde vom Runden Tisch Allende-Viertel über die Regionalkoordinatorin der Sozialraumorientierten Planungskoordination (SPK) an den Bezirksbürgermeister herangetragen. Der Runde Tisch Allende-Viertel ist ein Netzwerkremium aus engagierten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren im Allende-Viertel, was sich regelmäßig trifft und aktuelle Themen rund um das Allende-Viertel bespricht. Ein wichtiger Bedarf bestand Ende des letzten Jahres darin, mit dem Bezirksbürgermeister nochmal in den Austausch zu den Plänen der WBG Amtsfeld zum integrativem Bauen am genannten Standort zu gehen und Transparenz darüber herzustellen, warum diese Pläne an diesem Standort nicht umgesetzt werden können.

Zu 2.

Es gehört zu den Aufgaben der Regionalkoordination der SPK, Netzwerke, wie den Runden Tisch Allende-Viertel in seiner Arbeit zu unterstützen und entsprechend der Bedarfe zu begleiten. Dazu gehört u.a. die Organisation, Moderation und ggf. auch Dokumentation der

Treffen. Die Veranstaltung am 04.12.2018 fand im Rahmen der Netzwerkarbeit des Runden Tisches Allende-Viertel statt. Die Einladung an die Mitglieder des RuTi wurden entsprechend versandt.

Zu 3.

Interne Netzwerktreffen werden in der Regel nicht über die Ausschüsse kommuniziert.

Zu 4.

Vertreterinnen und Vertreter des Runden Tisches wurden gezielt über die Sozialraumorientierte Planungscoordination zu dem Termin eingeladen. Es handelte sich um keine öffentliche Informationsveranstaltung, sondern um einen Dialog zu offenen Fragen rund um den Standort, die im Rahmen der Netzwerkarbeit des Runden Tisches Allende-Viertel aufkommen sind.

Zu 5.

Die BVV hat jederzeit die Möglichkeit, sich eigenverantwortlich mit den Vertretungen der beiden Senatsverwaltungen in Verbindung zu setzen, um den Planungsstand zu diskutieren. Es ist nicht Auftrag der Verwaltung, den Austausch zwischen BVV und SenSW bzw. SenIAS zu organisieren.

Im Rahmen der Bürgerversammlungen, die vom Bezirk organisiert werden, erfolgt die Information über Pressemitteilungen und ggf. in den Ausschüssen.

Zu 6.

Das Bezirksamt steht regelmäßig in der BVV sowie den Ausschüssen für Informationen und Diskussionen zur Verfügung. Darüber hinaus haben die Bezirksverordneten vielerlei Möglichkeiten, sich in verschiedene Prozesse einzubringen.

Zu 7.

Anwesend als Referenten und Gesprächspartner für die Mitglieder des Runden Tisches waren:

Frau Breitenbach (Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales), Frau Lohde (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen); Herr Igel (Bezirksbürgermeister Treptow-Köpenick) und Herr Grosse (Geschäftsführer Wohnungsbaugenossenschaft Amtsfeld).

Zu 8.

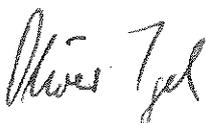
Bisher wurden vom Bezirksamt zu dem Standort einige Pressemitteilungen herausgegeben, welche auch in der lokalen Presse Resonanz fanden. Derzeit befinden wir uns mit der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (SenIAS) in der finalen Abstimmung für eine Informationsveranstaltung. Die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit dazu erfolgt zeitnah.

Zu 9.

Siehe Nr. 8.

"Kostenausweisung auf Basis des aktuellen Rundschreibens der Senatsverwaltung für Finanzen II B 52 - H 9440-1/2015-4-5 vom 23.03.2018:

Zur Erstellung der Antwort auf die Kleine Anfrage haben zwei Angestellte des Gehobenen Dienstes 1,0 Arbeitsstunde (entspricht 58,94 €) aufgewendet. Dazu kommen Kosten bei BzBm, Büro BzBm und Büro BVV in Höhe von ca. 28 €. Damit ergeben sich Gesamtkosten in Höhe von ca. 87 €.



Oliver Igel